

Stelle dringend nötig hat – warum können diese Waffen dann nicht auch sinnvoll eingesetzt werden im Sinne einseitiger Vorleistungen zur Vertrauensbildung?

Es heißt: „Fortschritte bei der Abrüstung und Rüstungskontrolle sind aber nicht kurzfristig zu erzielen. Daher ist es folgerichtig, die Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckung zu gewährleisten und damit zu verhindern, dass neue Nuklearmächte entstehen“.

Ich frage: Wie ist das damit zu vereinbaren, dass die offiziellen Atomkräfte sich im Nicht-Verbreitungsvertrag 1968 (!) verpflichtet haben die Atomwaffen auf Null abzurüsten und der bis heute anhaltende Bruch dieser Verpflichtung mit dazu beigetragen hat, dass es inzwischen mehr Atomkräfte gibt als noch im Jahr der Vertragsunterzeichnung?

In dem Schreiben heißt es: „Abschreckung und Abrüstung sind dabei keine Gegensätze, sondern zwei komplementäre Seiten eines umfassenden Ansatzes.“

Ich frage: In welchem Verhältnis steht diese Behauptung zu bereits mehrfach untersuchten Abläufen und ihren Voraussetzungen bei deeskalierenden Prozessen? Sie sind und waren nie ohne vertrauensbildende Maßnahmen möglich. Das schließt die Drohung mit Atomwaffen aus. Inwieweit sind Atomwaffen, wenn es um „Abschreckung“ geht, dann noch nur „politische Waffen“?

Ich lese: „Die glaubwürdige Demonstration von Bündnissolidarität und fairer Lastenverteilung erfordern es gleichwohl, dass Deutschland grundsätzlich bereit ist, auf seinem Territorium die Lagerung von Nuklearwaffen zu erlauben und Trägermittel hierfür bereitzustellen.“

Ich frage: Warum kann die Bündnissolidarität nicht auch andere Formen als die Lagerung von Atomwaffen annehmen? Ist den Worten zu entnehmen, dass es also ausdrücklich Wunsch der Bundesregierung ist, dass diese Waffen auf deutschem Territorium lagern? Inwieweit ist dies mit dem Eid einer Bundeskanzlerin vereinbar, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, da die Atomwaffen selber bereits eine beträchtliche Bedrohung darstellen? Ich möchte ausdrücklich erklären, dass das Erlauben der Lagerung von Atomwaffen nicht in meinem Namen geschieht und sicherlich auch nicht im Namen vieler anderer Deutscher.

Ihr Amt schreibt: „Die Bundesregierung und die NATO bekennen sich ausdrücklich zu dem Ziel einer Welt ohne Atomwaffen.“

Ich freue mich ausdrücklich hier mit Ihnen verbunden zu sein.